

Weiterbau gestoppt

Ministerium lässt Planfeststellungsverfahren für B-31-West ruhen

Gottenheim/ Umkirch/ March
Das von den Grünen geführte Landes-Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat am 9. November entschieden, das Planfeststellungsverfahren zum Neubau der B 31 -West zwischen Breisach und Gottenheim vorerst ruhen zu lassen. Begründet wird dieser Schritt mit knappen finanziellen Mitteln, die es notwendig machen, zuerst dringendere Vorhaben zu realisieren, wie den Stadttunnel in Freiburg.



Da steht sie nun und weiß nicht warum! Die Brücke zwischen Gottenheim und Bötzingen könnte ein absurdes Baudenkmal werden, falls die B-31-West in Gottenheim endet und nicht bis Breisach weitergebaut wird. Foto: myl

Auch der Ausbau der Breisgau S-Bahn soll forciert werden, um dadurch eine Verringerung des Pendelverkehrs zu erreichen. Baden-Württemberg erhält vom Bund für den Straßenbau jährlich 120 bis 140 Millionen Euro. Gegen den Weiterbau der B 31 West spreche neben der erwarteten Kosten von 39 Millionen Euro auch der enorme Einschnitt, den der Straßenbau in den nahezu unzerschnittenen Lebensraum mit Niedermooeren entlang des Kaiserstuhls bedeute. Heute würde eine solche Trassenführung gar nicht mehr in Betracht gezogen werden.

Dem nach Fertigstellung der B 31-West bis Gottenheim zu erwartenden höheren Verkehrsaufkommen möchte die neue Landesregierung mit kleineren Lösungen begegnen

In Gottenheim, auf dessen Gemarkung nun eine nutzlose Brücke steht, ist Bürgermeister Volker Kieber gewaltig verärgert. Ohne Vorankündigung, ohne Vorgespräche mit den Gemeinden Gottenheim und Bötzingen habe Verkehrsminister Winfried Hermann diese Entscheidung per Pressemitteilung herausgegeben. „Das nenne ich Durchregieren, weit entfernt vom versprochenen: Wir nehmen die Bürger mit.“ Für Gottenheim sei die Lage besonders prekär, weil es am Ende des 1. Abschnittes liege und der Verkehr Richtung Breisach und Colmar durch Gottenheim geführt werde. „Unsere landwirtschaftliche Fläche wird durch die Straße brutal zerschnitten und wir haben die Verlärmung, weil die Straße 70 Meter an unserem Gewerbemischgebiet vor-

wie einer Spange um Gottenheim herum, einem LKW-Verbot in den Gemeinden rund um den Kaiserstuhl und einer LKW-Maut.

Bürgermeister Walter Laub ist „fast umgefallen“, als er von der Entscheidung des Ministeriums in der Zeitung las. Allein aus volkswirtschaftlichen Gründen sei es Wahnsinn, denn in den letzten drei Jahren sei viel Geld in Gutachten investiert worden. Den Stadttunnel in Freiburg halte er zwar auch für unabdingbar, aber nicht die alleinige Konzentration darauf. Laub bereitet das von der Wahlkreisabgeordneten der Grünen im Landtag, Bärbl

bei geht.“ Die Straße habe Verkehr angezogen, auch überregionalen. Doch das Planziel „Entwicklungsachse zwischen Frankreich und Freiburg“ sei nun komplett verfehlt. Die Pläne eines Verkehrslenkungs-konzeptes für LKW sieht Kieber fatalistisch: „Ein Verbot für 7,5-Tonner haben wir auch jetzt in der Bahnhofstraße. Da hält sich niemand dran, es gibt kaum Kontrollen. Wer soll zukünftig kontrollieren, welcher LKW durchfahren darf und welcher nicht? Den regionalen LKW-Verkehr brauchen wir ja.“ 51 Prozent des Verkehrs gehe nach Bötzingen, sagt Kieber. Die beiden Gemeinden wollen auf jeden Fall den Bypass in Richtung Wasenweiler. Kieber zweifelt auch die Rechtmäßigkeit der Entscheidung an. „Das hat es noch nie gegeben, dass das

Mielich, angekündigte Verkehrslenkungs-konzeptes. Umkirch müsse in ein solches Konzept einbezogen werden. „Es kann nicht sein, dass Umkirch außen vor bleibt, falls der LKW-Verkehr aus den Kaiserstuhlgemeinden ausgesperrt wird.“

Im Übrigen handle es sich laut eines früheren Gutachtens nicht um Autobahnmautpreller, sondern größtenteils um regionalen LKW-Verkehr, den man zulassen müsse. Laub fürchtet, dass dieser durch Umkirch in Richtung Merdingen zunimmt, wenn ein Verbot für die Kaiserstuhlgemeinden kommt.

Fortsetzung auf Seite 2

Land in ein fast abgeschlossenes Planfeststellungsverfahren des Bundes eingreift.“ Dadurch werde gar nicht zugelassen, dass die Straße in den vorrangigen Bedarf eingestuft werden könne: „Damit ist das Ding tot.“ Er wolle sich nun mit seinen Kollegen zusammen tun und die Bürgerinitiativen mobil machen.

Bürgermeister Josef Hügele aus March findet die Entscheidung des Ministeriums „für die Raumschaft total unglücklich“. Die Straße werde dringend gebraucht. Er sehe mit Sorge auf Ihringen und Wasenweiler, wenn die Straße nicht komme. March direkt sei aber von der Entscheidung nicht betroffen, für seine Gemeinde sei mit dem Durchstich bis Gottenheim der Anschluss da. „Für uns ist aber der Bau der L 114/ 116 sehr wichtig“, so Hügele. (wor)